

Antrag

der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Dr. Götz Frömming, Dr. Michael Ependiller, Nicole Höchst, Marc Bernhard, Dr. Gottfried Curio, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Dr. Axel Gehrke, Kay Gottschalk, Armin-Paulus Hampel, Martin Hess, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Stefan Keuter, Jörn König, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Frank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek, Sebastian Münzenmaier, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Framing der Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische Ziele im Namen der Wissenschaftsfreiheit verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Grundsatzpapier des BMBF zur Wissenschaftskommunikation (www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Grundsatzpapier_zur_Wissenschaftskommunikation.pdf, Nov. 2019 [im Folgenden mit GP abgekürzt]) betont die Notwendigkeit, dass sich Wissenschaftler „in den öffentlichen Diskurs einbringen“ und über ihre Forschungsarbeit „allgemeinverständlich kommunizieren“ (GP, S. 2) sollen. Begründet wird diese Notwendigkeit zum einen mit wissenschaftsfernen Kreisen, die sich gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen abschotteten. Zum anderen zeige die Diskussion um den Klimawandel die „Relevanz von wissenschaftlichen Fragen und Erkenntnissen für die Zukunft unserer Gesellschaft“ (GP, S. 2).

Diese Forderungen sind keineswegs neu, sondern nehmen Argumente auf, wie sie insbesondere das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) vertritt, das im Wissenschafts- und Bildungssystem kein „eigenständiges gesellschaftliches Subsystem“ (Ulrich Vosgerau: Stellungnahme zum Antrag der SPD und der Fraktion der CDU, „Hochschulen im Sinne der ‚Third Mission‘ weiterentwickeln, Niedersächsischer Landtag, LT-Drs. 18/3939, 8. Nov. 2019, S. 2) sieht, sondern ihm eine assistierende Funktion im Hinblick auf Politik und Wirtschaft zuweist. Forschung wäre damit auf bloße Zuarbeit reduziert.

Ganz in diesem Sinne soll die Wissenschaftskommunikation als „integraler Bestandteil der BMBF-Förderung“ ausgebaut werden und zwar insbesondere mit Blick auf „Forschungsbereiche mit hoher gesellschaftlicher Relevanz“ (GP, S. 3). Wissenschaftskommunikation soll in ihrer Wirksamkeit nicht mehr auf die unmittelbaren Er-

gebnisse begrenzt bleiben, sondern anhand ihrer langfristigen Resultate evaluiert werden. Ein Engagement in diesem Sinne soll sich laut der Bildungs- und Forschungsministerin „karrierefördernd“ auswirken (www.jmwiarda.de/2019/11/14/es-ist-wirklich-zeit-f%C3%BCr-diesen-kulturwandel; zuletzt abgerufen am 13. April 2020).

Was hier unter „Forschungsbereiche mit hoher gesellschaftlicher Relevanz“ verstanden wird, davon legt zum Beispiel das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus dem Jahr 2011 „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ Zeugnis ab. Hauptanliegen dieses Gutachtens ist es, eine weltweite Transformation zu einer klimaverträglichen Gesellschaft ohne Nutzung fossiler Brennstoffe in Gang zu setzen oder zu beschleunigen (Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, WBGU, 2011, S. 29). Hierzu zählt der WBGU unter anderem den Ausbau erneuerbarer Energien und den Ausstieg aus der Kernenergie. Für diesen Zweck soll auch die Wissenschaftskommunikation, die zum integralen Bestandteil einer „Third Mission“ der Hochschulen neben Lehre und Forschung erklärt wird, mit einem eindeutigen Framing in den Dienst genommen werden. Framing meint hier, dass ein Deutungsrasster geschaffen und mittels Emotionalisierung eines Sachthemas versucht wird, gegenläufige Deutungen und Positionierungen im öffentlichen Diskurs zu marginalisieren.

Um diese Exponierung der Aufgabe der Wissenschaftskommunikation als „Third Mission“ auf ihre Konsequenzen hin einordnen zu können, ist Folgendes festzuhalten: Im Zentrum der humboldtschen universitären Bildung steht die Idee, dass Erkenntnisse aus der Forschung des Lehrenden direkt in seine Lehre einfließen. Er ist damit Kommunikator seines Forschungsthemas für seine Studenten. Dieser Bildungskreis ist seit Einführung des Bolognaprozesses außer Kraft gesetzt; der Anteil der Lehre bei wissenschaftlich Forschenden hat seitdem spürbar abgenommen. An deren Stelle tritt jetzt zunehmend der Lehrende, der die veröffentlichten Erkenntnisse aus der Forschung vermittelt. Er nimmt damit die Rolle eines Wissensvermittlers von Forschungsergebnissen ein. Lehre wird damit zunehmend auf die Vermittlung für den Erwerb von Kompetenzen reduziert.

Eine derartige Trennung von Forschung und Lehre führt zwangsläufig zu einem Kommunikationsdefizit im Prozess der Forschung. Um diese defizitäre Kommunikation zu reparieren, wird nun als dritte Säule neben Forschung und Lehre eine „Third Mission“ der Hochschulen propagiert. Die Verankerung dieser dritten Säule ist nichts anderes als der Versuch, den humboldtschen inneruniversitären Kommunikationsprozess wieder im Ausbildungssystem des Bolognaprozesses zu verankern. Bedenklich ist jedoch, dass die Qualitätssicherheit von Forschung in Frage gestellt wird, wenn die Diskussion wie beabsichtigt öffentlich und allgemein wird. Im Weiteren ist zu befürchten, dass dadurch das Bildungssystem im tertiären Bereich durch das unbekanntes Bildungsniveau der Bürgerwissenschaftler abgesenkt wird. Bedenklich hierbei ist auch, dass die Kommunikation auch von den Forschenden selbst geleistet werden soll (www.jmwiarda.de/2019/11/14/es-ist-wirklich-zeit-f%C3%BCr-diesen-kulturwandel; zuletzt abgerufen am 13. April 2020). Das bindet Kapazitäten, die den Forschenden für ihr eigenes Thema nicht mehr zur Verfügung stehen.

Mit Blick auf die Indienstnahme der Referate für Öffentlichkeitsarbeit (www.wissenschaftskommunikation.de/es-ist-notwendig-dass-sich-forschende-in-oeffentliche-debatten-einbringen-32609), die maßgeblich in die Wissenschaftskommunikation eingebunden werden sollen, stellt sich zum einen die Frage, über welche wissenschaftliche Qualifikation ein administratives Personal verfügen sollte. Zum anderen muss ausgeschlossen sein, dass diese Art der Forschungskommunikation zu einem Kontrollinstrument der universitären Administration im Hinblick auf das Voranschreiten in einem wissenschaftlichen Forschungsthema wird. Hier droht die Gefahr, dass Öffentlichkeitsarbeit dann zu einem Instrument werden könnte, um wissenschaftliche Forschungsthemen in vermeintlich relevante oder scheinbar irrelevante Themen zu kate-

gorisieren. Oder anders formuliert: Evidenzhaltung der Forschung in der Öffentlichkeit ist so lange nichts Schlechtes, wie Forschungsthemen nicht auf ihre gesellschaftspolitische Relevanz hin gereiht und bewertet werden. Die Messbarmachung von öffentlicher Kommunikation kann zu einem indirekten Kontrollinstrument dieser Relevanz werden. Dabei indes bleibt ungeklärt, aufgrund welcher, dann auch notwendigerweiser wissenschaftlicher, Kriterien „gesellschaftliche Relevanz“ definiert werden soll und von wem. Im Vorfeld definierte wissenschaftliche Kriterien würden zur Transparenz beitragen. Die „Third Mission“ gerät sonst nämlich zum Kontroll- und Selektionsinstrument für wissenschaftliches, freies Denken.

Dass die Entwicklung in diese Richtung gehen soll, zeigt bereits der Umstand, dass Wissenschaftskommunikation in der geplanten Form der Budgetkontrolle unterworfen ist, in deren Rahmen festgestellt werden kann, ob und inwieweit der jeweilige Verantwortliche die Budget- und Leistungsvorgaben erfüllt hat. Darüber hinaus kann der Grad der Leistungserfüllung für die Festlegung künftiger Budgetvorgaben genutzt werden.

Freie Forschung und Lehre werden dann nicht mehr möglich sein, wenn die finanziellen Mittel an der Kommunizierbarkeit des Themas ausgerichtet sind. Die Forschenden sehen sich dann gezwungen – damit sie überhaupt ihren Forschungsbereich finanziert bekommen –, zunächst evaluieren zu müssen, inwieweit ein bestimmtes Thema überhaupt kommunizierbar ist. Mit kommunizierbar ist hier nicht gemeint, dass es eine gesellschaftliche Relevanz hat, sondern wie und ob es in der Öffentlichkeit vermittelt werden kann (Framing-Effekt). Diese Anforderung geht auf die Metaebene der Kommunikation und weit über das Anforderungsprofil von Forschenden hinaus. Von einem Framing-Effekt kann z. B. dann die Rede sein, wenn derselbe Inhalt in unterschiedlichen Formulierungen das Verhalten des Empfängers unterschiedlich beeinflusst. Wenn ein Forschungsthema kommuniziert wird, muss im Weiteren die niederschwellige Verständlichkeit oder niederschwellige Formulierbarkeit einer Thematik im Auge behalten werden, damit sie überhaupt Öffentlichkeit generieren kann. Das gilt erst recht, wenn man „alle“ „Zielgruppen“ in einer Gesellschaft erreichen bzw. die Gesellschaft in toto „wissenschaftsmündig“ machen will (www.wissenschaftskommunikation.de/es-ist-notwendig-dass-sich-forschende-in-oeffentliche-debatten-einbringen-32609; zuletzt abgerufen am 13. April 2020). Niederschwelligkeit kann aber bedeuten, dass die notwendige Komplexität einer wissenschaftlichen Themenstellung nicht mehr formuliert werden kann und so eine wissenschaftliche Fragestellung inhaltlich reduziert in die Öffentlichkeit gelangt (Framing-Effekt).

Wissenschaftler, die sich darüber hinaus einer Wissenschaftslehre verpflichtet sehen, die von der Vorläufigkeit von Theorien ausgeht und deshalb keine (Un-)Werturteile treffen wollen, sähen sich unter massiven Druck gesetzt. Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen betont deshalb in ihren zehn Thesen zur Wissenschaftsfreiheit, dass die Wissenschaft die „Grenzen gesicherter Erkenntnis und die Bedeutung wissenschaftlicher Kontroversen sichtbar machen“ (<https://wissenschaftsfreiheit.de/abschlussmemorandum-der-kampagne/>) muss. Sie verweist darauf, dass „Erfahrungen mit wissenschaftlicher Kontroverse“ auch zur „Stärkung der Grundwerte der liberalen Demokratie“ beitragen (ebd.). Gerade auch deshalb, weil das Vertrauen in die Politik deutlich hinter das Vertrauen in die Wissenschaft zurückfällt (https://www.wissenschaft-im-dia-log.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_19/Tabellenband_Wissenschaftsbarometer2019.pdf, S. 206, 226), ist es kontraproduktiv, weitere politische Vorgaben – die Verpflichtung zur Wissenschaftskommunikation – zu implementieren. Das wird das Vertrauen in die Wissenschaft gerade nicht, wie seitens der Bundesregierung behauptet, stärken (www.zeit.de/2019/47/wissenschaft-kommunikation-wissenschaftler-dialog-forschung-demokratie).

Es ist deshalb angezeigt, dass sich die Bundesregierung an den zehn Thesen der Wissenschaftsfreiheit der Allianz der Wissenschaftsorganisationen orientiert. Dies setzt jedoch gerade eine Reduktion und nicht eine Ausweitung (gesellschafts-)politischer

Einflussnahme voraus. Auch vor diesem Hintergrund ist es angezeigt, die Wissenschaftskommunikation auf ihre Kernfunktionen zurückzuführen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. das Grundsatzpapier des BMBF aufgrund der darin enthaltenen Gefahr einer Instrumentalisierung der Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische Ziele und weitere geplante Maßnahmen, die im Zusammenhang mit diesem Grundsatzpapier stehen oder auf der Basis dieses Papiers geplant sind, als verfehlt und in der Sache als nichtig zu erklären;
 2. den Wissenschaftsrat bei seiner Bestandsaufnahme zur Situation der Wissenschaftskommunikation in Deutschland und bei der Ausarbeitung von konkreten Empfehlungen dahingehend zu ermutigen, zu evaluieren, inwieweit die Emotionalisierung von Sachthemen – z. B. durch Frames (nach Robert Entman Deutungsmuster, die in allen Phasen massenmedialer Kommunikation Informationen selektieren und strukturieren, vgl. Jörg Matthes: Framing. Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Baden-Baden 2014 oder Urs Dahinden: Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation. Konstanz 2006) – auf die Wissenschaftskommunikation lenkende Auswirkungen hat und wie dem daraus erwachsenen Konformitätsdruck konkret entgegengewirkt werden kann;
 3. mit Mitgliedern der Allianz der Wissenschaftsorganisationen Gespräche darüber aufzunehmen, wie Forschungsleistungen adäquat bewertet, honoriert und kommuniziert werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich der Konformitäts- und Kommunikationsdruck auf die Wissenschaftler nicht erhöht, um die Freiheit der Forschung zu gewährleisten;
 4. mit Mitgliedern der Allianz der Wissenschaftsorganisationen Gespräche darüber aufzunehmen, wie eine freie Wahl der Forschungsthemen bei stagnierender Grundmittelfinanzierung und zunehmender politischer Vorgaben (wie z. B. durch die Verpflichtung zur Wissenschaftskommunikation [siehe Feststellung] oder mit Blick auf entsprechende Regelungen der Exzellenzstrategie [www.bmbf.de/de/die-exzellenzstrategie-3021.html, abgerufen am...]) garantiert werden kann;
 5. Maßnahmen zu ergreifen, um Wissenschaftlern einen leichteren Zugang zu didaktischen Fortbildungen zu gewähren. Auf diese Weise kann nicht nur die Kommunikation mit außerakademischen Institutionen, Medien und wissenschaftsinteressierten Kreisen verbessert werden, sondern auch die interne Wissenschaftskommunikation, z. B. mit den Studenten;
 6. Projekte und Initiativen, die einer Vermittlungsfunktion wissenschaftlicher Erkenntnisse schon in einem frühen Alter dienen, zu fördern und wie folgt auszuweiten:
 - a. wissenschaftsorientierte Wettbewerbe wie die Mathe- oder Physikolympiade auszubauen, um das naturwissenschaftliche Interesse von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern;
 - b. weitere einschlägige Angebote und Konzepte über die Kindertagesstätten bis hin in das Grundschul- und Jugendalter zu entwickeln. Die Angebote sollen so angelegt sein, dass sie das Interesse an den MINT-Fächern steigern;
 - c. das „Futurium“ weiterhin zu fördern, um auch Erwachsenen einen Zugang zur Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zu ermöglichen bzw. deren einschlägige Interessen zu fördern und zu festigen;

- d. museums- und kulturpädagogische Bildungsangebote der Kultureinrichtungen in Deutschland, die dem Bund zuzuordnen sind, deutlich auszubauen und zu unterstützen.

Berlin, den 15. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Im Grundsatzpapier des BMBF zur Wissenschaftskommunikation (www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Grundsatzpapier_zur_Wissenschaftskommunikation.pdf, Nov. 2019 [im Folgenden mit GP abgekürzt]) wird die Notwendigkeit, dass sich Wissenschaftler „in den öffentlichen Diskurs einbringen, über ihre Forschungsarbeit allgemeinverständlich kommunizieren und Zusammenhänge einordnen“ (GP, S. 2) insbesondere mit zwei Argumenten begründet. Zum einen ist die Rede davon, dass es „Strömungen“ gebe, „die fakten- und wissenschaftsbasierte Informationen in Frage“ stellten und es „Abschottungstendenzen gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen“ gebe. Zum anderen wird das Argument angeführt, dass „die Diskussion um den Klimawandel und die breite Unterstützung der ‚Fridays-for-Future-Bewegung‘“ durch Wissenschaftler die „Relevanz von wissenschaftlichen Fragen und Erkenntnissen für die Zukunft unserer Gesellschaft“ verdeutliche. Nach Auffassung des BMBF stärke Wissenschaftskommunikation „die Verankerung von Wissenschaft in der Gesellschaft“, die „Wissenschaftsmündigkeit“ der Bürger und die „Demokratiefähigkeit der Gesellschaft“ insgesamt (GP, S. 2).

Damit werden Forderungen in Anschlag gebracht, wie sie mutatis mutandis insbesondere das von der Bertelsmann-Stiftung und der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz gegründete Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) vertritt, die sich als eine Art Reformwerkstatt für das deutsche Hochschulwesen versteht. Das CHE und die hinter ihr stehende Bertelsmann-Stiftung sehen im Wissenschafts- und Bildungssystem kein „eigenständiges gesellschaftliches Subsystem“, sondern „ein Assistentensystem von Politik und Wirtschaft“, das die „Hochschulen wie Wirtschaftsunternehmen im modernen massenmedialen Kapitalismus arbeiten“ lassen will (Ulrich Vosgerau: Stellungnahme zum Antrag der SPD und der Fraktion der CDU, „Hochschulen im Sinne der ‚Third Mission‘ weiterentwickeln, Niedersächsischer Landtag, LT-Drs. 18/3939, 8. Nov. 2019, S. 4). Forschung wird damit zu bloßer Zuarbeit heruntergestuft und Forschungsthemen anhand ihrer gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Relevanz, sprich Verwertbarkeit, kategorisiert.

Ganz in diesem Sinne soll die Wissenschaftskommunikation als „integraler Bestandteil der BMBF-Förderung“ ausgebaut werden, und zwar insbesondere „Forschungsbereiche mit hoher gesellschaftlicher Relevanz“ (GP, S. 3). Um dieses Ziel zu erreichen, will das BMBF die „Evaluation und Wirkungsmessung von Formaten der Wissenschaftskommunikation“ deutlich erweitern, obwohl der Bereich Wissenschaftskommunikation seit langem in den Landeshochschulgesetzen verankert ist (z. B. Bayerisches Hochschulgesetz Art. 2, Abs. 5, Satz 1 und 2; Baden-Württembergisches Landeshochschulgesetz § 2 Abs. 5, Satz 1 und 2).

Konkret laufen die deutlich über die bisherigen einschlägigen Regelungen hinausgehenden Bestrebungen des BMBF implizit auf eine Übernahme eines Prozesskettenmodells hinaus, das vom CHE für die Wissenschaftskommunikation adaptiert wurde. Es besteht aus den Elementen Vorbedingungen, Aktivitäten, Resultate und Folgen (CHE, Arbeitspapier 189, 10/2016, Cort-Denis Hachmeister u. a.: Katalog von Facetten von und Indikatoren für Forschung und Third Mission an Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Gütersloh 2016, S. 7 f.). Die „Betrachtung der Wirksamkeit einer Aktivität“ soll „gerade im Hinblick auf angewandte Forschung und Third Mission“ nicht auf die „unmittelbaren Ergebnisse begrenzt“ bleiben. „Ein wirklicher Mehrwert für die Gesellschaft“ durch die Resultate entstehe erst dann, „wenn sie auch eine langfristige Wirkung, also Folgen haben“ (Cindy Duong u. a.: Facetten und Indikatoren für angewandte Forschung und Third Mission an HAW, in: Die Hochschule. Journal für Wissenschaft und Bildung, 1/2016, S. 92 f.).

Das Wissenschafts- und Bildungssystem wird hier nicht mehr als eigenständiges und unabhängiges „Subsystem“ (Vosgerau, ebd., S. 2) betrachtet, sondern im Lichte gesellschaftspolitischer Dienstbarkeit bewertet. Das belegt

auch folgende Zielvorgabe im Grundsatzpapier des BMBF: „Es ist für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung, dass es gelingt, sich zu zentralen Zukunftsthemen auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fakten zu verständigen“ (GP, S. 4). Um dieses Ziel zu erreichen, werden Wissenschaftler mit dem Hinweis, dass dies „karrierefördernd“ wirke, auf die erwünschte Art und Weise der Wissenschaftskommunikation festgelegt. So erklärte die Bildungs- und Forschungsministerin Anja Karliczek: „Für mich zentral ist zum Beispiel die Frage, wie ein Engagement für Wissenschaftskommunikation karriereförderlicher werden kann.“ (www.jmwi-arda.de/2019/11/14/es-ist-wirklich-zeit-f%C3%BCr-diesen-kulturwandel; zuletzt abgerufen am 13. April 2020).

Die angesprochenen „zentralen Zukunftsthemen“ sind zum Beispiel im Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus dem Jahr 2011 – „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ fixiert. Hauptanliegen dieses Gutachtens ist es, eine weltweite Transformation zu einer klimaverträglichen Gesellschaft ohne Nutzung fossiler Brennstoffe in Gang zu setzen bzw. zu beschleunigen (Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, WBGU, 2011, S. 29). Der WBGU spricht sich hier unter anderem für den Ausbau erneuerbarer Energien und gegen die Nutzung der Kernenergie aus.

Es liegt nahe, die Wissenschaft hierfür unter dem Deckmantel der Wissenschaftskommunikation mittels Framing in den Dienst zu nehmen; wird hier doch ein eindeutiges Deutungsraster vorgegeben. Im komplexen Thema Klimawandel z. B. wird durch Selektion vielschichtiger Informationen in einer Art und Weise „Frame-Setting“ (Dietram A. Scheufele: Framing as a Theory of Media Effects, 1999) betrieben, das auf eine bestimmte Problemanalyse, Ursachenzuschreibung, moralische Positionierung und Handlungsempfehlung hinausläuft („targets“; vgl. die Definition von Framing durch Robert Entman in: Framing. Towards a clarification of a Fractured Paradigm, Journal of Communication 43/3, 1993, S. 51–58). Mit diesem Framing ist in der Regel die Emotionalisierung eines Sachthemas verbunden, was im erheblichen Maße dazu beiträgt, gegenläufige Deutungen und Positionierungen zu marginalisieren oder ganz aus dem Diskurs zu verdrängen, was letztlich einer unausgesprochenen Zensur gleichkommt. Der umgekehrte Prozess zum Frame-Setting ist Frame-Building, nämlich dass Rezipienten-Frames die Medien-Frames beeinflussen. In der veröffentlichten Wissenschaftsdiskussion könnte die Nutzung dieser Frames dazu führen, ein Forschungsthema in der Öffentlichkeit nicht nur kontrovers zu diskutieren, sondern zu diskreditieren. NGOs nutzen bereits dieses Frame-Building, um im öffentlichen Diskurs Deutungshoheit zu gewinnen.

Dass hier ein ganz zentraler Punkt der Wissenschaftsfreiheit in Gefahr gerät, zeigt aktuell das Beispiel der Kommunikation über die Forschung der Herkunft des Coronavirus. Die chinesische Regierung hat hierüber eine Art Wissenschaftszensur verhängt. So berichteten die Online-Seiten des Nachrichtensenders ntv, dass „jede Veröffentlichung zur genauen Herkunft des Virus“ aufgrund einer neuen „Zensur-Direktive der chinesischen Regierung“ unterbunden werde (www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Hat-China-Angst-vor-der-Wahrheit-article21711861.html; zuletzt abgerufen am 16. April 2020). Das ist nur dann möglich, wenn Forschung durch Kommunikation kontrolliert wird. Dieses Beispiel zeigt ex negativo, was mit gesellschaftlich relevanten Themen geschehen kann und wie sie kommuniziert werden können bzw. wie politisch Verantwortliche mit einem Framing-Raster umgehen können.

Um die Exponierung der Aufgabe der Wissenschaftskommunikation als „Third Mission“ einordnen zu können, ist Folgendes festzuhalten: Seit der Einführung des Bachelor/Master-Systems im Zuge der Umsetzung des Bologna-Prozesses ist das humboldtsche Bildungsideal und damit die zentrale Idee der Einheit von Forschung und Lehre an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen außer Kraft gesetzt. An deren Stelle wurde ein System implementiert, das Forschung und Lehre trennt. Das humboldtsche Bildungsideal, basierend auf Wissen und Geistesbildung, fördert das wissenschaftliche Denken und ist offen für alles, was gedacht werden kann. Im Ausbildungsprozess der Bologna-Studienarchitektur erzeugt Wissen Kompetenzen und wird damit auf Anwendbarkeit reduziert.

Das zweistufige System der Studienabschlüsse nach Bologna ist im Weiteren dadurch gekennzeichnet, dass durch die konsekutiven Studiengänge ein erster Status (undergraduate) im Bachelor und ein zweiter Status im Master (graduate) generiert wird. Der Bachelor-Abschluss stellt universitär zwar einen akademischen Abschluss dar, bleibt aber inhaltlich in einem „undergraduated status of competence“. Mit dem Titel BA kann zwar in ein Berufsleben eingestiegen werden, von der Wirtschaft wird der Bachelor-Abschluss jedoch nicht als vollwertiger Berufsabschluss gewertet. Genauso wenig können Bachelor-Absolventen ohne Mastergraduierung im wissenschaftlichen Betrieb berufstätig werden.

Im Zentrum des humboldtschen Systems steht die Idee, dass Erkenntnisse aus der Forschung des Lehrenden direkt in seine Lehre einfließen. Er ist damit Kommunikator seines Forschungsthemas für seine Studierenden. So entsteht ein innerer Kreis von Wissenschaftlern und Studenten, in denen wissenschaftliche Fragestellungen diskutiert werden. Dieser Bildungskreis ist seit Einführung des Bologna-Prozesses außer Kraft gesetzt; der Anteil der Lehre bei wissenschaftlich Forschenden hat seitdem spürbar abgenommen. An deren Stelle tritt jetzt zunehmend der Lehrende, der die veröffentlichten Erkenntnisse der Forschung vermittelt. Diese Reduktion der Lehre bei wissenschaftlich Forschenden führt dazu, dass es vermehrt Lehrende gibt, die nicht in die Forschung involviert sind und deshalb ihre Lehre nicht prozess-, sondern rein ergebnisorientiert betreiben. Der Lehrende nimmt damit die Rolle eines Wissensvermittlers von Forschungsergebnissen ein. Lehre wird damit zunehmend auf die Vermittlung für den Erwerb von Kompetenzen reduziert.

Eine derartige Trennung von Forschung und Lehre führt zwangsläufig zu einem Kommunikationsdefizit im Prozess der Forschung. Um dieses Defizit zu reparieren, wird nun als dritte Säule neben Forschung und Lehre eine „Third Mission“ der Hochschulen propagiert. Die Diskussion soll allerdings aus dem inneruniversitären Rahmen herausgetragen und „partizipativ“ in der „Zivilgesellschaft“ verankert werden. „Third Mission“ soll der Gesellschaft die Kommunikation mit den Forschenden eröffnen, die aber nicht die gleichen Voraussetzungen wie Studierende hat. Da es in der Gesellschaft kein einheitliches Bildungsniveau gibt, stellt sich die Frage, auf welchem Niveau dieser Austausch aufbauen kann, damit sie für die wissenschaftliche Fragestellung zielführend wird, sprich: Kommunikation für die wissenschaftliche Fragestellung fruchtbringend wird.

Für die Forschenden stellen sich damit folgende Fragen: a) Wieviel Diskutanten habe ich? Wo früher die Verlässlichkeit der Anzahl der Studierenden war, stellt sich der Forschende jetzt einer anonymen Menge. b) Mit welchen Grundkenntnissen, die unabdingbar für die Forschenden sind, kann in einer breiten Öffentlichkeit gerechnet werden? c) Welche Kommunikationskompetenz muss ein Forschender haben? Ein Frame-Effekt ist, dass unterschiedliche Formulierungen einer Botschaft – bei gleichem Inhalt – das Verhalten des Empfängers unterschiedlich beeinflussen können (vgl.: Volker Stocké: Framing und Rationalität. Die Bedeutung der Informationsdarstellung für das Entscheidungsverhalten, München 2002).

Idee und Konzeption der „Third Mission“ lassen befürchten, dass die Frage des Bildungsniveaus zugunsten von Zielen, die gesellschaftlich propagiert werden, in den Hintergrund gedrängt wird.

Im humboldtschen System war das universitäre Niveau des tertiären Bildungsbereiches nie zur Disposition gestellt worden, da die wissenschaftliche Diskussion zwischen Forschenden/Lehrenden und Studenten, die sich für diese Disziplin qualifiziert hatten, stattfand. Eine prozessorientierte, qualifizierte Diskussion war immer integraler Bestandteil des Forschungsprozesses.

Das neue, für die Wissenschaftskommunikation konzipierte Prozesskettenmodell ist nichts anderes als der Versuch, ebendiesen humboldtschen inneruniversitären Kommunikationsprozess wieder im Ausbildungssystem des Bologna-Prozesses zu verankern. Bedenklich ist jedoch, dass die Qualitätssicherheit von Forschung infrage gestellt wird, wenn die Diskussion wie beabsichtigt öffentlich und allgemein wird. Im Weiteren ist zu befürchten, dass dadurch das Bildungssystem im tertiären Bereich durch das unbekannte Bildungsniveau der Bürgerwissenschaftler abgesenkt wird. Inputs aus der sogenannten Citizen Science zum Beispiel müssen mit Blick auf die Wertigkeit ihrer wissenschaftlichen Relevanz erst einmal ausgewertet werden. Dieser Evaluationsprozess bindet aber Kapazitäten, die anderswo eingesetzt womöglich zielführender wären. Außerdem ist nicht klar, in welcher Form und von wem diese Daten ausgewertet werden. Wenn dieser Evaluationsprozess durch Institute, die über die erforderlichen Werkzeuge verfügen – jedoch weder unabhängig noch wissenschaftlich sind – erfolgen sollte, besteht die Gefahr einer Abhängigkeit des wissenschaftlichen Settings der Forschungsfrage von denjenigen Kriterien, die der Evaluation zugrunde liegen. Der Beweis für die Behauptung des BMBF-Grundsatzpapiers, die Forschung profitiere mit Blick auf die Bürgerforschung „von dem Wissen der Vielen“, muss erst einmal erbracht werden (GP, S. 4).

Diese Ausrichtung der „Third Mission“ lässt vermuten, dass die Universitäten in das Prokrustesbett der Kommunikation vor allem durch Framing gezwängt werden sollen. Bedenklich hierbei ist neben dem oben Gesagten auch, dass die Kommunikation von den Forschenden selbst geleistet werden muss. So erklärte die Ministerin für Bildung- und Forschung: „Kommunikation muss ja auch nicht immer viel Geld kosten. Entscheidender ist, dass für diese wichtige Aufgabe genügend Kapazität geschaffen wird. Sie muss von Anfang an mitgedacht werden“ (www.jmwiarda.de/2019/11/14/es-ist-wirklich-zeit-f%C3%BCr-diesen-kulturwandel; zuletzt abgerufen am 13. April 2020). Das bindet Kapazitäten, die den Forschenden für ihr eigenes Thema nicht mehr zur Verfügung stehen.

Federführend mit Blick auf die Wissenschaftskommunikation sollen, um die Forschenden in dieser Frage zu entlasten, die Referate für Öffentlichkeitsarbeit tätig werden. Das ist aus zwei Gründen bedenklich. Zum einen stellt sich die Frage, welche wissenschaftliche Qualifikation dann das Personal benötigt? Zum anderen muss ausgeschlossen sein, dass diese Art der Forschungskommunikation zu einem Kontrollinstrument für die Forschenden wird. Die Öffentlichkeitsarbeit droht vor diesem Hintergrund zu einem Instrument zu werden, um vermeintlich relevante von scheinbar irrelevanten Themen zu trennen. Die „Third Mission“ gerät so zum Selektionsinstrument für wissenschaftliches, freies Denken. Zudem besteht die Gefahr, dass die eigentliche Existenzberechtigung der Universität, nämlich durch Forschung und Lehre wissenschaftlich tätig zu sein und einem Bildungsauftrag nachzukommen, durch überhandnehmende Aktivitäten der administrativen Bereiche (Hineinregieren in Forschungsabläufe) vollkommen auf den Kopf gestellt wird. Diese Entwicklung zu Ende gedacht, lässt befürchten, dass die Finanzierung der Universitäten zunehmend vom Bund auf die private Sponsorenebene ausgelagert werden, wo dann wie jetzt schon bei der Drittmittelfinanzierung für den Geldgeber Forschung und Bildung betrieben wird. Desweiteren kann angenommen werden, dass nur noch „gesellschaftsrelevante“ Themen vom Bund finanziert werden.

Die Bundesregierung hat das Vorhandensein dieser der „Third Mission“ inhärenten Gefahren bisher nicht explizit entkräftet. Auf die Frage: „Künftig kommt kein Wissenschaftler, der Forschungsgelder haben will, mehr um das Thema Kommunikation herum?“ antwortete die Bundesministerin für Forschung und Bildung: „Genau ... Wir signalisieren eben auch über die Forschungsförderung: Kommunikation ist ein Zukunftsthema! Und eine Folge sollte sein: Wissenschaftliche Karrieren können auch über das Engagement in der Wissenschaftskommunikation angeschoben werden“ (<https://www.jmwiarda.de/2019/11/14/es-ist-wirklich-zeit-f%C3%BCr-diesen-kulturwandel>; zuletzt abgerufen am 13. April 2020).

Freie Forschung und Lehre werden dann nicht mehr möglich sein, wenn die finanziellen Mittel an der Kommunizierbarkeit des Themas und der Kommunikationskompetenz der Forschenden ausgerichtet sind. Die Forschenden sehen sich dann gezwungen – damit sie überhaupt ihren Forschungsbereich finanziert bekommen –, zunächst evaluieren zu müssen, inwieweit und wie ein bestimmtes Thema überhaupt kommunizierbar ist. Damit wird der Forschung eine Metaebene übergestülpt, anstatt dass der Forschende direkt und unmittelbar an einem Thema mit einem Untersuchungssystem arbeiten kann. Zusätzlich zum Thema und dem Untersuchungswerkzeug, das ein Forscher anwendet, muss additiv Kommunizierbarkeit, Kommunikationsstrategie, Verständlichkeit und Formulierbarkeit beachtet werden. Wenn die Forschung in die Gesellschaft hineingeht, muss im Weiteren die niederschwellige, verständliche Formulierbarkeit einer Thematik im Auge behalten werden, damit sie überhaupt eine Öffentlichkeit bekommen kann. Das gilt erst recht, wenn „alle“ „Zielgruppen“ in einer Gesellschaft erreicht oder die Gesellschaft in toto „wissenschaftsmündig“ gemacht werden soll (<https://www.wissenschaftskommunikation.de/es-ist-notwendig-dass-sich-forschende-in-oeffentliche-debatten-einbringen-32609>; zuletzt abgerufen am 13. April 2020).

Damit werden vielschichtige Fragestellungen in den Hintergrund gedrängt und in die zunehmende Komplexität der Untersuchungsthemen ein Keil hineingetrieben. Das hat zum Ergebnis, dass diese komplexen Zusammenhänge durch Öffentlichkeitsarbeit nicht mehr angemessen dargestellt werden können, sondern nur noch von ausgewiesenen Experten. Damit ist freie Forschung in besonders komplexen Zusammenhängen vor dem Hintergrund der Zielvorgaben der „Third Mission“ kaum mehr möglich. Auch deshalb ist es angezeigt, die Wissenschaftskommunikation auf ihre Kernfunktionen, nämlich in erster Linie den innerwissenschaftlichen Diskurs, zurückzuführen.